


„Die Arbeit mit Aussteiger:innen aus der rechtsextremen Szene in der Präventionsarbeit – Chancen, Herausforderungen & Risiken“



**Publikation zum Fachtag vom
22. November 2023**

Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz



Diese Tagungsdokumentation zu allen Inhalten des Fachtages soll die besprochenen Themen weiter transportieren und die Informationen auch jenen zur Verfügung stellen, die nicht in Koblenz vor Ort sein konnten.

„Die Arbeit mit Aussteiger:innen aus der rechtsextremen Szene in der Präventionsarbeit – Chancen, Herausforderungen & Risiken“

Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz

1. Bericht Fachtagung S. 4
2. Ehemalige Rechtsextreme in pädagogischen Settings. Wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Präventions- und politischen Bildungsarbeit
von Dr. Antje Gansewig & Dr. Maria Walsh..... S. 7
3. Aussteiger*innen in der Bildungs- und Präventionsarbeit: Zur Positionierung der Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V.
von Dr. Niklas Habbel S. 12
4. Aussteiger in der Präventions- und politischen Bildungsarbeit – Thesen aus der Praxis
Erfahrungsbericht der Aussteigerberatung (R)AUSwege in Rheinland-Pfalz S. 16
5. Unterstützungs-, Präventions und Beratungsangebote in Rheinland-Pfalz S. 18



Bericht Fachtagung

Pia Hartmann & Sebastian Hebler,
Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz

Am 22.11.2023 folgten rund 40 (pädagogische) Fachkräfte und Interessierte der Einladung des Fachbereichs politisch motivierter Extremismus des Demokratiezentrums Rheinland-Pfalz zum Fachtag „Die Arbeit mit Aussteiger:innen aus der rechtsextremen Szene in der Präventionsarbeit – Chancen, Herausforderungen & Risiken“ nach Koblenz. In der dortigen Rhein-Mosel-Halle trafen sich Netzwerkmitglieder, Lehrkräfte und Gäste aus Rheinland-Pfalz und dem Bundesgebiet, um Fachvorträge aus Wissenschaft und Praxis zu hören, an Diskussionsrunden teilzunehmen und sich während der Pausen auszutauschen und zu vernetzen. Über den Tag begleitete Sebastian Hebler, Mitarbeiter des Demokratiezentrums Rheinland-Pfalz die Teilnehmenden durch das abwechslungsreiche Programm.

Zum Auftakt des Tages erläuterte Sebastian Hebler, warum das Demokratiezentrum des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung den Fachtag dem Themenfeld der Präventionsarbeit mit Aussteigerinnen und Aussteigern aus der rechten Szene widmete. Immer wieder erreichten das Demokratiezentrum Anfragen durch pädagogische Fachkräfte aus Schulen oder der politischen Bildungsarbeit, in denen nach Aussteigenden aus der rechten Szene gefragt wird, die für Gespräche als Maßnahme zur politischen Bildung und Präventionsarbeit zur Verfügung stehen könnten. Anfragende würden sich von einem solchen Gespräch mit Aussteigerinnen und Aussteigern meistens Aufklärung über und Einblicke in extrem rechte Szenen, sowie vor allem authentische Berichte mit einem Abschreckungseffekt für rechtsaffine junge Menschen erhoffen. Insbesondere Beschäftigte in Kommunen oder Fachkräfte aus Schulkontexten seien dann gelegentlich enttäuscht, wenn das rheinland-pfälzische Ausstiegsprogramm nicht mit einem solchen Angebot dient und zudem leise Zweifel an dieser Form politischer Bildung anbringt.

Dr. Antje Gansewig und Dr. Maria Walsh starteten den inhaltlichen Teil des Fachtages mit ihrem wissenschaftlichen Beitrag zu „Ehemalige Rechtsextreme in pädagogischen Settings. Wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Präventions- und politischen Bildungsarbeit“. Die beiden Wissenschaftlerinnen beschäftigen sich seit 2016 mit dem Thema „Aussteiger:innen aus rechtsextremen Bezügen in der schulischen Präventions- und Bildungsarbeit“. Ihre Forschung hierzu publizierten sie in diversen Formaten, beispielsweise Fachliteratur und Empfehlungen für Lehrende. Gansewig und Walsh wiesen zunächst auf die seit Jahrzehnten integral verankerten Biografie-basierten Maßnahmen als Bestandteil schulischer Präventions- und Bildungsangebote hin. Dieses Veranstaltungsformat sei nicht nur in der Extremismusprävention weit verbreitet. Es werde vor allem auch in der Vermittlung von Geschichtswissen oder in der Gewalt- und Suchtprävention genutzt. Aussagekräftige Evaluationen hätten hierzu lange Zeit jedoch nicht vorgelegen. „Was zunächst lediglich als Wirkungs- und Prozessevaluation einzelner Maßnahmen geplant war, entwickelte sich in Anbetracht der generellen Wissenslücken trotz bereits seit den frühen 2000er Jahren bestehender Anwendungspraxis innerhalb Deutschlands bald zu einem umfangreichen



Forschungsprojekt, das [...] ein möglichst umfassendes Bild des Forschungsgegenstands liefern und [...] Evidenz generieren sollte“ (Gansewig/Walsh 2020). Die beiden Wissenschaftlerinnen haben erstmals eine umfassende wissenschaftliche Betrachtung der schulischen Präventionsarbeit mit ehemaligen Extremistinnen und Extremisten bereitgestellt. Die bundesweite Anwendungspraxis wurde in einer Bestandserhebung mittels Interviews, postalischer Befragung und einer Medienanalyse aufgezeigt. Darüber hinaus wurde exemplarisch eine primärpräventive Schulmaßnahme eines Aussteigers aus der rechten Szene umfangreich evaluiert. Im Zentrum der Betrachtung stehen die Effekte dieser Maßnahme auf Schülerinnen und Schüler. Erklärtes Ziel der Einbindung von rechten Aussteigerinnen und Aussteigern in die Präventionsarbeit sei eine „präventive Wirkung durch Wissensvermittlung, Sensibilisierung, Abschreckung und Aufklärung“ (Gansewig/Walsh 2020) durch die Erzählung persönlicher Erfahrungen. Mittlerweile gäbe es belastbare Erkenntnisse zu diesen vermeintlichen Präventionsmaßnahmen, die auf ihren generell fehlenden Effekt hinweisen oder sogar vor negativen Wirkungen warnen, wenn Abschreckung und Authentizität der ausgestiegenen Person elementarer Bestandteil sind und weniger wissenschaftlich fundiertes Wissen zu Rechtsextremismus. Gansewig und Walsh machen zudem auf die häufig fehlende Auseinandersetzung und Überprüfung dieser Präventionsangebote und auf deren Wirkung auf Kinder und Jugendliche durch Fachkräfte aufmerksam.

Anschließend beleuchtete Dr. Niklas Habel die Positionierungen zur Arbeit mit Ausgestiegenen aus der rechten Szene in der Präventionsarbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) „Ausstieg zum Einstieg e. V.“. Habel ist Politikwissenschaftler und arbeitet in der Geschäftsstelle der Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg e. V.“, dem Dachverband zivilgesellschaftlicher Beratungsprojekte der Ausstiegs- und Distanzierungshilfen aus extrem rechten Zusammenhängen. Dort ist er als Projektkoordinator für „Fortbildungen zu Einstiegsprävention und Distanzierungsförderung im Themenfeld Rechtsextremismus“ zuständig. Die Positionierungen der BAG gingen in weiten Teilen mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Erhebung von Gansewig und Walsh mit, so Dr. Habel. Nur unter sehr spezifischen Bedingungen könne eine Präventionsmaßnahme mit rechten Aussteigerinnen und Aussteigern nützlich sein. Die BAG habe hierfür einen qualitativen Kriterienkatalog erstellt, welche Voraussetzungen gegeben sein und welche vorbereitenden Fragen gestellt werden sollten, um eine Entscheidungshilfe zu geben. Hierbei seien vor allem Fragen zur Zielgruppe und zum Ziel der Präventionsmaßnahme entscheidend. Darüber hinaus sei eine enge und gut ausgearbeitete Vor- und Nachbereitung der Maßnahme mit der Zielgruppe notwendig, um möglichst keine negativen Effekte dieser Präventionsmaßnahme zu erhalten. Dies bedeute allerdings, dass für eine solche Maßnahme zwingend mehr als eineinhalb Stunden bzw. zwei Schulstunden eingeplant werden müssen und neben den persönlichen Erfahrungen der Aussteigerinnen und Aussteiger auch wissenschaftliche Grundlagen und Fakten vermittelt werden sollten.

Den dritten und letzten Input des Tages gestalteten zwei Kollegen der Ausstiegsberatung (R)AUSwege aus Rheinland-Pfalz mit Erfahrungsberichten aus ihrer Arbeit. Sie wiesen insbesondere darauf hin, dass die Aussteigenden aus rechtsextremen Szenen nur Expertinnen und Experten für ihre eigene Lebensgeschichte und die Besonderheiten ihres Ein- und Ausstiegs aus der Szene sind. Dies mache sie jedoch nicht automatisch zu Fachexpertinnen



und -experten im Themenfeld Rechtsextremismus. Zudem lägen zwischen einem Ausstieg aus der Szene und möglichen Auftritten als Präventionsmaßnahmen i.d.R. Jahre. Somit sei auch kein aktueller Wissenstand zu Strukturen und Verbindungen im Land gegeben. Gerade der aktuelle Bezug zu lebensweltlichen Bereichen (z. B. Musik, Kampfsport, Kleidungsmarken und soziale Medien) der rechten Szene stellt allerdings einen zentralen Ansatzpunkt für Präventionsarbeit dar. Hierbei setzen die Ausstiegsberater auf kreative Workshopmethoden, die den Teilnehmenden helfen, eigene Positionen und Haltungen zu hinterfragen und nicht auf vermeintlich abschreckende, sensationelle Geschichten.

In der abschließenden Podiumsdiskussion nahmen alle Referierenden sowie Hannes Püschel, Betroffenenberater bei Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e. V. teil. Püschel machte sich insbesondere für die (Präventions-) Arbeit mit Institutionen und Organisationen, die sich für die Betroffenenperspektive einsetzen, stark. Hierbei war ihm der Blick auf die ethischen und politischen Fragestellungen zur Arbeit mit rechten Aussteigerinnen und Aussteigern in der Präventionsarbeit wichtig: Wem nützt die Präventionsmaßnahme – den Schülerinnen und Schülern oder den Aussteigenden als finanzieller Anreiz und therapeutische Eigenmaßnahme?

Neben Fragen zu Bedarfen und Ausgestaltung guter Präventionsarbeit stellten die Teilnehmenden des Fachtages unterschiedliche Fragen zu den Möglichkeiten im Umgang mit der Normalisierung rechter Parolen in Schule und Gesellschaft, dem Einfluss durch Social Media bis hin zu Rahmenbedingungen für die generelle Gestaltung von Prävention im Kontext Schule. Darüber hinaus berichteten Teilnehmende von Herausforderungen, denen sie in ihrer eigenen Arbeit begegnet sind, wie beispielsweise die Zusammensetzung der Klassen und die Notwendigkeit, bereits im Primarbereich (z. B. in der Grundschule) mit Extremismusprävention im Sinne eines offenen und toleranten Miteinanders anzusetzen.

Dabei wurde festgehalten, dass, wer dennoch entsprechende Angebote mit Ausgestiegenen machen möchte, in jedem Fall einen umfassenden Rahmen zu einer solchen Veranstaltung schaffen sollte, der beispielsweise die Perspektiven von Betroffenen einbezieht. Es gelte, sich den Fragen zu stellen, was entsprechende (Selbst)Darstellungen von ehemals Rechtsextremen mit (potenziell) Betroffenen rechter Aggression machen; welche wirtschaftlichen Gründe durch solche Formate im Sinne eines „Geschäftsmodelles“ bedient werden; ob gegebenenfalls unreflektierten Aspekten (Kriminalität, Hypermaskulinität, Gewalt) der eigenen Vergangenheit reproduziert werden oder eine Verklärung und einseitige Darstellungen von Vergangenheit oder Aspekten der Szenezugehörigkeit stattfindet.



Ehemalige Rechtsextreme in pädagogischen Settings. Wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Präventions- und politischen Bildungsarbeit

Dr. Antje Gansewig & Dr. Maria Walsh

In unserem Auftaktvortrag zum Fachtag lieferten wir sowohl einen Einblick in die Anwendungspraxis von Aussteiger*innen aus rechtsextremen Bezügen in pädagogischen Settings als auch einen Überblick über den aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand. Einführend verwiesen wir auf die einerseits lange Tradition und andererseits auf den Aktualitätsbezug des Engagements von ehemaligen extrem Rechten in der Präventions- und politischen Bildungsarbeit in Deutschland. Hierbei wurden etwa exemplarische Aussagen von Aussteiger*innen sowie Ausstiegshilfen und behandelnden Psycholog*innen zur zugrundeliegenden Motivation für ein entsprechendes Engagement angeführt (z. B. Wiedergutmachungs-, Verarbeitungs-, Anerkennungs-, Monetarisierungs- und Stabilitätsaspekte). Anschließend zeigten wir verschiedene pädagogische Settings, in denen ehemalige Rechtsextreme aktiv sind, im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit auf (z. B. Gefängnisbesuchsprojekte, Mitarbeiter*innen in der Ausstiegsberatung, außerschulische Maßnahmen).

Da zum einen der Anwendungsschwerpunkt und zum anderen unser Fokus in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Einsatz von Aussteiger*innen im schulischen Setting liegen, stand dieses im Mittelpunkt der weiteren Ausführungen. Knapp skizzierten wir die Genese unserer umfassenden Forschungsaktivitäten seit dem Jahr 2016. Bis zu diesem Zeitpunkt existierte – trotz einer fast 20-jährigen Anwendungspraxis – kaum Forschung zu schulischen Veranstaltungen von und mit ehemaligen extrem Rechten in Deutschland. Fundierte Aussagen über die (nicht) intendierten Effekte solcher Maßnahmen auf Schüler*innen sowie deren Sichtweisen lagen nur randständig vor.

Aus diesem Grund untersuchen wir das Thema aus wissenschaftlicher Perspektive über zahlreiche verschiedene Zugänge und mit dem Hauptaugenmerk auf die Schüler*innen als Zielgruppe dieser Maßnahmen. So führten wir etwa neben der Evaluationsstudie der Schulmaßnahme eines ehemaligen Rechtsextremen und kriminellen Rockers auch eine Analyse von dessen YouTube-Kanal durch, der laut Selbstbezeichnung als „online Präventions-, Deradikalisierungs- und Antigewaltarbeit“ fungieren soll und von ihm während seiner Schulmaßnahmen beworben wird. Zudem interviewten wir bspw. Vertreter*innen von Ausstiegshilfen, die solche Maßnahmen anbieten und befragten schriftlich die Landespräventionsgremien, Landesdemokratiezentren und Bildungsressorts der Länder. Darüber hinaus analysierten wir Zeitungsartikel und anderweitige Meldungen, die zwischen 2001 und 2019 zu entsprechenden Maßnahmen erschienen waren, und setzten uns in Sekundäranalysen mit wissenschaftlichen Studien zum Thema sowie Veröffentlichungen



aus der Praxis auseinander.

Auf Grundlage unserer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema zogen wir u. a. die folgenden fünf Schlussfolgerungen, auf die wir im Vortrag genauer eingingen:

I. Bundesweit etablierte Anwendungspraxis seit zwei Jahrzehnten

Ehemalige Rechtsextreme sind seit den frühen 2000er Jahren bundesweit an Schulen in der Präventions- oder politische Bildungsarbeit aktiv. Oftmals sind die Aussteiger*innen dabei institutionell bei Ausstiegshilfen angebunden. Einige von ihnen gehen diesen Tätigkeiten jedoch auch als Vertreter*innen von Vereinen oder in selbstständiger Form nach. Die zumeist primärpräventiv ausgerichteten Maßnahmen werden in der Regel von männlichen Aussteigern, in allen Schulformen und hauptsächlich ab der siebten Klassenstufe in Gymnasien als einmalige Schulveranstaltungen durchgeführt. Das Durchführungssetting der schulischen Maßnahmen ist divers und reicht von Workshops im Einzelklassenformat bis hin zu vortragsähnlichen klassen(-stufen)übergreifenden Großveranstaltungen vor einer Vielzahl von Schüler*innen. Zusätzlich zu Individualität der Einzelbiografien der Aussteiger*innen sind Methodik, Inhalte und Dauer der Angebote, wie auch die gezahlten Honorare, variabel. Nicht selten bewerben die durchführenden Aussteiger*innen im Rahmen der Schulveranstaltungen etwa ihre Autobiografien und/oder Social-Media-Präsenzen. Qualitätsstandards für diese Schulangebote wurden erstmals im Jahr 2018 veröffentlicht; diese sind jedoch nicht für alle Angebote bindend. In der (Fach-)Öffentlichkeit werden die Schulmaßnahmen – auch unabhängig von eigenen Erfahrungen mit entsprechenden Maßnahmen – mehrheitlich positiv besprochen. Diesen Einschätzungen liegen oftmals die Annahmen zugrunde, dass Aussteiger*innen per se besonders „wirksam“ in der politischen Bildungs- und Präventionsarbeit seien aufgrund ihrer „authentischen Erzählungen aus erster Hand“.

II. Der bisherige Forschungsstand bietet keine Veranlassung für eine optimistische Sichtweise

Die von uns durchgeführte Evaluationsstudie liefert keine Hinweise darauf, dass die angestrebten Ziele (etwa Reduzierung von rechten Einstellungen, Delinquenz und Gewalt) mit der untersuchten Maßnahme erreicht werden. Des Weiteren weisen die Ergebnisse auf eine heterogene Schüler*innenperspektive hin. So wurden neben den mehrheitlichen Positivbewertungen – die sich insbesondere auf die Person des Aussteigers und weniger auf die Maßnahmeninhalte bezogen – auch kritische Aspekte identifiziert. Etwa fühlten sich einige Schüler*innen aufgrund des Aussteigers und/oder der detaillierten Gewaltdarlegungen unwohl. Auch andere Anbietende berichten von starken emotionalen Reaktionen auf Schüler*innenseite. Insgesamt ist der nationale und internationale Forschungsstand zum Thema begrenzt. Von den vorliegenden Wirkungsuntersuchungen solcher Maßnahmen kommt keine belastbar und eindeutig zu dem Schluss, dass die Konfrontation mit einer/m Aussteiger*in intendierte Effekte auf Schüler*innen nach sich zieht. Zudem zeigen Studien zu biografiebasierten Maßnahmen im Bereich der Sucht- und Gewaltprävention



seit Jahrzehnten kontrainduzierte Effekte auf. Ferner sind die theoretischen Wirkannahmen und Zuschreibungen, die mit Maßnahmen von Aussteiger*innen verknüpft werden, ausufernd (z. B. Abschreckung, glaubwürdige Aufklärung, Erzeugung von Betroffenheit). Diese Annahmen und Zuschreibungen halten einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand und weisen teils Divergenzen zum internationalen Forschungsstand auf.

III. Die Maßnahmen weisen zahlreiche kritische Inhalte und Aspekte auf

Häufig liegt ein Schwerpunkt der Maßnahmen auf dem Szeneleben, was u. a. mit einem Fokus auf Gewalt und detaillierten Erzählungen aus der rechtsextremen bzw. kriminellen Vergangenheit einhergeht. Dabei wird teils auch einschlägiges Foto- oder Videomaterial präsentiert. Nicht selten bilden Monologe einen Großteil der Maßnahmen, wohingegen interaktive Teile und der Einbezug der Schüler*innen die Ausnahme darstellen. Als besonders kritisch müssen der teils fragwürdige und diskriminierungsunsensible Sprachgebrauch sowie die Verwendung von Szenevokabular bewertet werden. Hierzu ein Beispiel:

„Ich hab mich jedes Wochenende geprügelt.“ Die Erklärung: „Wenn so viele Halbaffen und Kanaken hier sind, müssen wir doch unsere Frauen und Kinder schützen.““

Zu bedenken ist weiterhin, dass eine Trennung zwischen Klassen- und Kinderzimmer in der heutigen digitalen Gesellschaft nicht mehr gegeben ist. Insofern führen Schulmaßnahmen von Aussteiger*innen bei den Schüler*innen oftmals zum Konsum von deren Onlineangeboten – u. a., da diese aktiv beworben werden. Auch in diesem Zusammenhang sollte das Risiko kontrainduzierter Effekte nicht unterschätzt werden. Wie unsere YouTube-Kanal-Analyse aufzeigte, können auch die Social-Media-Präsenzen von Aussteiger*innen zahlreiche kritische Aspekte aufweisen. So stellten wir auch hier einen Fokus auf detaillierte Narrative und Visualisierungen der rechtsextremen und kriminellen Vergangenheit sowie die Darstellung nicht jugendgerechter Inhalte und Verhaltensweisen fest (z. B. Gewaltdarstellungen, Alkoholkonsum, Rauchen, Sprachgebrauch, Rollenbilder). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass eine nicht trennscharfe Abgrenzung zu rechtsextremen und kriminellen Inhalten die Gefahr birgt, durch Algorithmen entsprechende Inhalte angezeigt zu bekommen. Weiterhin weist unsere Forschung darauf hin, dass der analysierte YouTube-Kanal als Geschäftsmodell fungiert.

IV. Es bestehen Professionalisierungsbedarfe bei Anbietenden

Die Analyse der Interviews mit Vertreter*innen von Ausstiegshilfen, die solche Maßnahmen anbieten, sowie die Auseinandersetzung mit Veröffentlichungen und öffentlichen Auftritten von Anbietenden weisen auf einige Defizite hin. So mangelt es etwa an differenzierten und realistischen Zielsetzungen, belastbaren theoretischen und konzeptionellen Grundlagen sowie pädagogisch-didaktischen Konzepten. Weiterhin stehen Positivbewertungen und Bewerbungen im Gegensatz zum aktuellen Forschungsstand. Insgesamt scheint ein Bedarf an Reflexion und Sensibilisierung für Risiken und Herausforderungen dieser Schulmaßnahmen bei Anbietenden zu bestehen.



V. Die Herausforderungen überwiegen die Potenziale

Schüler*innen sind keine homogene Gruppe. Solche Angebote können auf ganz unterschiedliche Art und Weise auf sie Einfluss nehmen. Besondere Beachtung sollte hierbei der Personengruppe von (potenziell) Betroffenen von (rechter) Gewalt zukommen. Ein Risiko von (Re-)Traumatisierungseffekten bei einzelnen Schüler*innen kann bei diesen Maßnahmen nicht ausgeschlossen werden. In Anbetracht dessen und der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnislage sowie der anspruchsvollen Aufgabe auf Seiten des Lehrpersonals, diese Maßnahmen adäquat zu begleiten sowie vor- und nachzubereiten, wiesen wir darauf hin, dass die zahlreichen Herausforderungen dieser Formate deren Potenziale bei weitem überwiegen.

Vor diesem Hintergrund plädierten wir dafür, sich zum Wohle der Kinder und Jugendlichen in der Präventions- und politischen Bildungsarbeit an der Position der Europäischen Gesellschaft für Präventionsforschung zu orientieren und folglich „Ethisch handeln: Schäden vermeiden, Wissenschaft nutzen“ (EUSPR, 2019, S. 1).

*Dr. Antje Gansewig hat Soziologie und Germanistische Literaturwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg studiert. Seit 2013 war sie u. a. beim Landespräventionsrat Schleswig-Holstein, am Nationalen Zentrum für Kriminalprävention sowie für die Bundeszentrale für politische Bildung tätig. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören Evaluationsforschung, Extremismus und Extremismusprävention sowie politische Bildung. Gemeinsam mit Dr. Maria Walsh beschäftigt sie sich seit 2016 aus wissenschaftlicher Perspektive mit dem Thema „Aussteiger*innen aus rechtsextremen Bezügen in der schulischen Präventions- und Bildungsarbeit“. Ihre Forschung hierzu publizierten sie in diversen Formaten (z.B. Fachliteratur und Empfehlungen für Bildungsakteure). Antje Gansewig hat jüngst auch zum Thema „Ehemalige extrem Rechte in der schulischen Präventions- und politischen Bildungsarbeit“ im Bereich Politische Bildung/Politikdidaktik an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg promoviert.*

*Dr. Maria Walsh studierte Pädagogik, Kriminologie und Psychologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Im Anschluss arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Kriminologie des Max-Planck-Instituts, Freiburg, in einem Projekt zur intensiven Bewährungsbetreuung junger Mehrfach- und Intensivtäter. Zu diesem Thema verfasste sie auch ihre Dissertation. Seither war sie in verschiedenen Verwendungen im Bereich der Evaluationsforschung, evidenzorientierten Kriminalprävention und Sicherheitsforschung tätig. Gemeinsam mit Dr. Antje Gansewig bearbeitet sie seit 2016 das Thema „Aussteiger*innen aus rechtsextremen Bezügen in der schulischen Präventions- und Bildungsarbeit“ aus wissenschaftlicher Perspektive.*



Literatur (Auswahl)

EUSPR (2019): Position der Europäischen Gesellschaft für Präventionsforschung zu ineffektiven und potenziell schädlichen Ansätzen in der Suchtprävention. <https://euspr.org/wp-content/uploads/2019/10/EUSPR-Stellungnahme.pdf> (15.12.2023).

Gansewig, Antje (2023): "Intention is not method, belief is not evidence". Civic Education and Prevention with Former Right-Wing Extremists in German Schools. Wiesbaden: Springer.

Walsh, Maria & Gansewig, Antje (2023): „Man kann ja auch nicht in allem Vorbild sein“ – Ehemalige Extremist*innen zwischen Klassenzimmern und sozialen Medien. In: Jürgen Nielsen-Sikora & Andre Schütte (Hrsg.): Wem folgen? Über Wandel, Sinn und Aktualität von Vorbildern (53-64). Berlin: J. B. Metzler.

Walsh, Maria & Gansewig, Antje (2022): Zwischen „man hätte stundenlang zuhören können“ und „manchmal machte der Mann mir Angst“ – Biografiebasierte Schulmaßnahmen zur Sucht-, Gewalt- und Extremismusprävention und das Erfordernis der Berücksichtigung der Schüler/-innenperspektive. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 42(4), 365-381.

Gansewig, Antje & Walsh, Maria (2021): Die Sichtweise von Schülerinnen und Schülern auf eine primärpräventive Maßnahme eines ehemaligen Rechtsextremen: Befunde einer Evaluationsstudie und Empfehlungen für Bildungsakteure. Zeitschrift für Bildungsforschung, 11(1), 187-205.

Gansewig, Antje & Walsh, Maria (2020): Biografiebasierte Maßnahmen in der schulischen Präventions- und Bildungsarbeit. Eine empirische Betrachtung des Einsatzes von Aussteigern aus extremistischen Szenen unter besonderer Berücksichtigung ehemaliger Rechtsextremer. Baden-Baden: Nomos.

Gansewig, Antje & Walsh, Maria (2019): Ehemalige Rechtsextreme in der schulischen Präventions- und Bildungsarbeit. Empfehlungen für Bildungsakteure. Bonn: Nationales Zentrum für Kriminalprävention.



Aussteiger*innen in der Bildungs- und Präventionsarbeit: Zur Positionierung der Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e. V.

Dr. Niklas Habel

Wir als Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e. V. (BAG Ausstieg) werden als Dachverband zivilgesellschaftlicher Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit im Themenfeld Rechtsextremismus häufig mit Anfragen konfrontiert, ob wir oder unsere Mitglieder Aussteiger*innen vermitteln können, die dann bei öffentlichen Veranstaltungen, etwa in Schulen oder Vereinen auftreten sollen. Erhofft wird sich von den Anfragen, hinter denen zumeist selbstverständlich ein ehrliches Interesse an Rechtsextremismusprävention steht, vor allem: Authentizität, Kenntnisse über die Szene und das Wirken als Beispiel, warum die jeweiligen Zielgruppen nicht dem Weg der Aussteiger*innen in die Szene folgen sollten. Nach einem Verständigungsprozess unserer Mitglieder sind wir schnell zu dem Resultat gelangt, dem Einsatz von Aussteiger*innen in der Bildungs- und Präventionsarbeit grundsätzlich kritisch gegenüberzustehen. Wir folgen dabei dem aktuellen, klaren Stand der Forschung, der nicht nur keine positive Wirkung dieser Formate zeigt, sondern vielmehr diese als Risikofaktoren ausmacht. Vermeintliche Authentizität birgt die Gefahr der Empathie mit einer Täter*innenperspektive, die gar zu einer Identifikation führen kann. Auch kann nicht oft genug betont werden, dass Aussteiger*innen aus der extrem rechten Szene deswegen nicht zwangsläufig Expert*innen für die extreme Rechte gelten können, sondern zuallererst Expert*innen für ihre eigene Biografie sind.

Darüber hinaus muss konstatiert werden, dass die Settings, in denen Aussteiger*innengespräche stattfinden sollen, oftmals keine klare Zielgruppe erkennen lassen. Wir leben in einer Gesellschaft, in der eine Vielzahl der Menschen eine familiäre Migrationsgeschichte hat und nicht selten selbst deswegen Diskriminierungserfahrungen machen mussten. Diese Perspektiven, also die Perspektiven der Betroffenen von Diskriminierung und menschenfeindlicher Gewalt, müssen stets mitgedacht werden.

Aus diesen Betroffenenperspektiven wirken die Erzählungen der Aussteiger*innen aus dem Leben in extrem rechten Szenen naheliegenderweise noch einmal anders als auf die wohl eigentliche Zielgruppe der Einstiegsgefährdeten, für die jedoch die angesprochene Gefahr der Identifikationsmomente besteht. Zudem darf es unserer Meinung nicht dazu kommen, dass „Berufsaussteiger*innen“ finanziell von ihrer ehemaligen Szenezugehörigkeit profitieren.

Ausgehend von diesen Vorbehalten wurde sich innerhalb der BAG Ausstieg darauf ver-



ständig, dennoch Kriterien aufzustellen, unter denen unserer Meinung Bildungs- und Präventionsformate mit Ausgestiegenen möglich sein können.

Es wurde sich dabei auf Standards sowohl für die Zielgruppe als auch für die Referent*innen geeinigt. Diese lauten wie folgt :

Standards für die Zielgruppe:

- Die Veranstaltungen richten sich vorrangig an Fachkräfte aus pädagogischen Arbeitsfeldern, Student*innen, Multiplikator*innen usw. Zielsetzung ist eine Sensibilisierung und Qualifizierung in Bezug auf Ein- und Ausstiegsmotive und -prozesse, Angebotsformen der „Erlebniswelt Rechts“, Zugangs- und Anspruchsmöglichkeiten, Interventionsformen und Arbeitsweisen professioneller Ausstiegsberatungen.
- Bei Schüler*innen sollte ein Einsatz frühestens ab der Jahrgangsstufe neun stattfinden. Für jüngere Zielgruppen sind andere pädagogische Formate als „Aussteigerberichte“ zu wählen. In jedem Fall ist eine entsprechende Veranstaltung in eine Unterrichtseinheit einzubetten, in der die gesamten Inhalte eine alters- und schulformspezifische Reflexionsmöglichkeit bieten.
- Die maximale Gruppengröße beträgt 30 Personen; kleinere Gruppen sind zu bevorzugen.
- Eine intensive pädagogische Vor- und Nachbereitung ist verpflichtend, in der neben der inhaltlichen Thematisierung anschauliche Definitionen zu Rechtsextremismus oder Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF), der Bedeutung von Abwertungsideologien und Gewaltakzeptanz, Organisations- und Aktionsformen und jugendkulturellen Angeboten enthalten sein sollen. Insbesondere ist ein Schwerpunkt auf der Perspektive von Opfern/Betroffenen rechtsextremer und rassistischer Gewalt unverzichtbar.
- Es findet ein ausführliches Vorgespräch mit einer Ausstiegsberatung zu Erwartungen, Reflexion, Rahmenbedingungen, Auswertung und Qualitätssicherung statt.
- Die Teilnahme an den Veranstaltungen erfolgt freiwillig und soll zur eigenverantwortlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus beitragen.

Standards für Referent*innen:

- Als „Referent*innen“ solcher Veranstaltungen bezeichnen wir ausschließlich Personen, die gemäß den Qualitätsstandards der BAG „Ausstieg zum Einstieg“ e. V. ihren Ausstiegsprozess erfolgreich vollzogen haben.
- Die Mitarbeit der Ausgestiegenen bei solchen Veranstaltungen erfolgt auf eigenen Wunsch und wird ausführlich vor- und nachbereitet.
- Die Erfahrungen als „Referent*in“ und die eigenen Erwartungen werden intensiv mit der Ausstiegsberatung reflektiert. Die Veranstaltung wird begleitet und moderiert



durch eine(n) Mitarbeiter*in.

- Es findet nur eine begrenzte Anzahl solcher Veranstaltungen mit den einzelnen Personen statt, um den erfolgreichen Ausstiegsprozess nicht zu gefährden und das bloße „Umlabeln“ vom „Neonazi“ zur/m „Aussteiger*in“ zu verhindern.
- Für z. B. Arbeitsausfälle oder Fahrtkosten kann eine Aufwandsentschädigung erforderlich sein, die allerdings keinen finanziellen Anreiz darstellen darf.
- Die Sicherheit der „Referent*innen“ ist in jedem Fall zu gewährleisten, weshalb die Veranstaltungen geschlossen stattfinden, nicht öffentlich beworben und immer von Ausstiegsberatungsmitarbeiter*innen begleitet werden.
- Der inhaltliche Fokus dieser Veranstaltungen liegt bei der Darstellung des Prozesscharakters von Einstieg – „Karriereverlauf“ – Ausstieg, sowie der biografischen Selbstreflexion der/s Ausgestiegenen und nicht bei Schilderungen von u. U. verherrlichenden Szeneaktivitäten.

Diese hohen Standards sollen ermöglichen, dass die Bildungs- und Präventionsarbeit mit Aussteiger*innen bestmöglich durchgeführt werden können. Es sollte sich aber gut überlegt werden, ob es nicht Präventionsangebote gibt, die alternativ zum Aussteiger*innengespräch durchgeführt werden können.

Dr. Niklas Habel, studierter Politikwissenschaftler, arbeitet in der Geschäftsstelle der Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“, dem Dachverband zivilgesellschaftlicher Akteure der Ausstiegs- und Distanzierungshilfe aus extrem rechten Zusammenhängen und ist dort als Projektkoordinator für „Fortbildungen zu Einstiegsprävention und Distanzierungsförderung im Themenfeld Rechtsextremismus“ zuständig.



Literatur:

Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e. V. (2019): Qualitätsstandards für den Einsatz von Ausgestiegenen in der Bildungsarbeit. In: https://bag-ausstieg.de/wp-content/uploads/2023/08/QS_BAG_Ausgestiegene_2Seiten.pdf (30.01.2024).

Gansewig, Antje (2023): “Intention is not method, belief is not evidence”. Civic Education and Prevention with Former Right-Wing Extremists in German Schools. Wiesbaden: Springer.

Gansewig, Antje & Walsh, Maria (2019): Ehemalige Rechtsextreme in der schulischen Präventions- und Bildungsarbeit. Empfehlungen für Bildungsakteure. Nationales Zentrum für Kriminalprävention (Hrsg.). Bonn.



Aussteiger in der Präventions- und politischen Bildungsarbeit – Thesen aus der Praxis

Erfahrungsbericht der Aussteigerberatung (R)AUSwege in Rheinland-Pfalz

Seit der Gründung des Beratungsangebotes zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen im Jahr 2001 und als Reaktion auf ein bundesweites Bedrohungsszenario gegenüber Ausstiegswilligen haben sich einige essenzielle Prinzipien und Sicherheitsmaßnahmen herauskristallisiert.

Den Ausstieg nicht öffentlich zu machen, erleichterte in allen Fällen Aussteigern und Aussteigerinnen eine Neuorientierung und verhinderte eine Stigmatisierung durch ihre jeweilige Szenenvergangenheit. In allen Fällen möchten Aussteigende mit ihrer Vergangenheit abschließen und diese nicht in Veranstaltungen oder Interviews wieder hervorholen. In der Praxis Aussteigerberatung (R)AUSwege wurde deutlich, dass potenzielle Medienauftritte oder Veranstaltungen für den Ausstiegsprozess kontraproduktiv sind.

Aussteiger und Aussteigerinnen sind Experten und Expertinnen ihrer eigenen Biografien, jedoch nicht zwangsläufig für das Phänomen der extremen Rechten. Ihre Biografien sind immer individuell und nicht repräsentativ, schon gar nicht, wenn der Ausstieg etwa mehr als fünf Jahre zurückliegt. Die schnelle Weiterentwicklung der rechtsextremen Szenen, beispielsweise durch Social Media, erfordert aktuelle Erkenntnisse und Anpassungen in der Präventionsarbeit.

In der Präventionsarbeit mit Jugendlichen ist eine Vielfalt von Reaktionen auf Botschaften in verschiedensten Musik-Stilen und Szenen zu beobachten. In Bezug auf rechtsextreme, menschenfeindliche Botschaften kommt es bei Schülerinnen und Schülern zu Reaktionen von Nähe und Faszination, oder aber zu kritischer Distanz oder kompletter Ablehnung. „Abschreckende Beispiele“ finden die sogenannten „Rechtsaffinen“ eher „interessant“, während andere Schülerinnen und Schüler damit wenig anfangen können.

Nicht über (vermeintlich) abschreckende Beispiele aus der extrem rechten Lebens- bzw. Erfahrungswelt, sondern über kreative, lebenswelt- und altersgerechte Angebote, wie zum Beispiel Musik- und Hip-Hop-Workshops, können Jugendliche zu einer Selbstreflexion motiviert werden, die dazu geeignet ist, sie widerstandsfähig gegen rechtsextreme Angebote zu machen.

Wichtig ist es in diesem Zusammenhang auch, durch Angebote jungen Menschen Erfahrungen zu ermöglichen, wie sie in einer Welt von Hass, Gewalt und kriegerischen Botschaften wertschätzend miteinander umgehen können. Natascha Strobel, Wiener Publizistin



und Expertin für Rechtsextremismus, hatte dazu einmal gesagt, dass das Internet/ Social-Media große Gefahren und Gefährdungspotentiale, aber auch gleichzeitig den Schlüssel für eine Lösung oder Überwindung berge.

Präventions- und politische Bildungsarbeit muss eine klare Zielvorstellung haben, wohin sie führen soll. Hierzu bedarf es konkreter Handreichungen und Unterstützungsangebote, anstatt durch gutgemeinte Veranstaltungen mit aus der extremen rechten Szene Ausgestiegenen eine Faszination an dieser in Kauf zu nehmen, auszulösen oder zu verstärken.

Die vorliegenden Thesen basieren auf den Erfahrungen der Ausstiegsberatung (R)AUSwege in Rheinland-Pfalz und bieten Einblicke in die präventive und politisch bildende Arbeit mit Aussteigerinnen und Aussteigern aus extrem rechten Milieus. Anhand der Erfahrungsberichte lassen sich weitergehende Aussagen, auch in Hinblick auf die psychosoziale Situation der potentiellen oder tatsächlichen Aussteigerinnen und Aussteiger treffen, die in der Diskussion um Einsätze in der Präventions- und politischen Bildungsarbeit oft wenig präsent sind.



Unterstützungs-, Präventions- und Beratungsangebote in Rheinland-Pfalz

Mit der Zusammenstellung des Hilfsangebotes, das vom Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz angeboten, bzw. von diesem koordiniert wird, möchten wir diese Tagungsdokumentation abrunden, um Ihnen Anregungen zur alternativen Auseinandersetzung mit den Themen zu bieten.

Präventionsangebote

Planspiele: Demokratie leben!

In den Planspielen werden realitätsnahe Situationen simuliert und Handlungsstrategien für diese trainiert. Die Teilnehmenden übernehmen dabei die Rollen relevanter Akteure und Akteurinnen. Sie versetzen sich in deren Sichtweisen und erwecken die Charaktere mit ihren Ideen zum Leben. Wichtig ist das Interesse am Themenkomplex und an Kommunikation. Planspiele sind als Bühne für „erlebtes Lernen“ und durch intensive ergebnissichernde Reflektion didaktisch sehr effektiv. Sie bieten einen Erlebnisrahmen, innerhalb dessen Teilnehmende sich ausprobieren können und Perspektivwechsel eingefordert werden. Ziel ist stets, für alle Dimensionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu sensibilisieren und gemeinsam Handlungsoptionen dagegen zu erörtern.

Das Angebot richtet sich an zivilgesellschaftliche Bündnisse und Initiativen, Polizei, Ordnungsbehörden, Jugendgruppen und alle Interessierte.

Die Planspiele werden grundsätzlich von mindestens zwei ausgebildeten Planspielleiterinnen und -leitern durchgeführt. Die Honorarkosten für die Planspielleitung betragen 700,- € zuzüglich Reise- und ggf. Übernachtungskosten. Für rheinland-pfälzische Organisationen werden die Durchführungskosten von der Leitstelle Kriminalprävention oder über das Bildungsministerium gefördert. Gerne stehen wir bei Fragen zu den Kosten zur Verfügung.

Das Angebot Planspiele: Demokratie leben! wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und durch die Landesregierung Rheinland-Pfalz gefördert.

Telefon: 06131 - 967 189

E-Mail: planspiel@lsjv.rlp.de

Homepage: <https://demokratiezentrum.rlp.de/fortbildungen/planspiele>



Fortbildungen und Workshops

Das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz bietet ein umfangreiches Angebot an Fortbildungen und Workshops zu Themenfeldern rund um Prävention, Radikalisierung und Extremismus an. Ziel ist es Sie, als Fachkräfte oder interessierte Menschen aus der Zivilgesellschaft, in den Themenfeldern zu schulen und als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Praxis zu unterstützen und zu sensibilisieren.

In unseren Fortbildungen und Workshops greifen wir auf unsere fachliche Expertise aus der universellen Prävention (DivAN) sowie aus der Präventions- und Beratungsarbeit in den Phänomenbereichen des politisch motivierten Extremismus (Rückwege/Rauswege) und des religiös begründeten Extremismus (Salam) zu. Die Angebote vermitteln Fachwissen und Handlungsmethoden für Ihre berufliche Praxis bzw. ihren Lebenskontext.

Die Inhalte können in von uns konzipierten Tagesseminaren oder individuell angepassten fachlichen Kurzworkshops angeboten werden. Die Fortbildungen und Workshops sind kostenfrei und werden für Fachkräfte aus Rheinland-Pfalz angeboten. Melden Sie sich gerne bei uns persönlich, sodass wir gemeinsam nach einem passenden Angebot für Ihre Bedarfe schauen können.

Telefon: 06131/ 967 431

E-Mail: divan@lsjv.rlp.de

Homepage: <https://demokratiezentrum.rlp.de/fortbildungen/fortbildung>

„Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ – VIR

Das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz veranstaltet Workshop-Reihen im Rahmen des Konzeptes „Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ (VIR). VIR ist ein Fortbildungs- und Qualifizierungskonzept für Personen, die beruflich oder ehrenamtlich mit rechtsorientierten Jugendlichen oder jungen Erwachsenen in Kontakt sind. Ziel ist es, in Alltagssituationen Impulse zu setzen und zur Veränderung zu motivieren.

Die Fortbildungsreihe richtet sich an Fachkräfte aus der Schulsozialarbeit, Einrichtungen der Jugendhilfe, (Sport-) Vereinen, Justizvollzugsanstalten, Lehrende sowie andere Personen, die beruflich oder ehrenamtlich mit rechtsaffinen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Kontakt stehen.

Die VIR-Schulung soll den Teilnehmenden ermöglichen, rechtsaffine junge Menschen aus ihrem beruflichen wie privaten Umfeld in Sinne einer Kurzintervention (zehn bis 60 Minuten) anzusprechen. Ziel des Gesprächs soll es sein, die persönliche Situation der Angesprochenen einzuschätzen, mögliche Ansatzpunkte und Motivationen für Veränderungen auszumachen und unmittelbar im Gespräch Impulse zu setzen. Dies gilt vor allem für



Jugendliche und junge Erwachsene in einer Annäherungsphase zur extrem rechten Szene oder solche, die als Sympathisierende oder Mitlaufende beteiligt sind.

Folgende Themen werden im Rahmen des Konzeptes bearbeitet:

Transtheoretisches Modell des Veränderungsprozesses, Grundlagen motivierender Gesprächsführung: vermittelt anhand zahlreicher Übungen, Grundwissen zum Phänomenbereich extreme Rechte/ Rechtsextremismus.

Weitere Informationen zum Konzept, das in Kooperation mehrerer Organisationen aus NRW erarbeitet wurde, finden Sie unter www.vir.nrw.de.

Telefon: 06131 967 185

E-Mail: demokratiezentrum@lsjv.rlp.de

Beratungsangebote

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz

Die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz“ (MBR RLP) ist ein Beratungsangebot, welches durch das Land Rheinland-Pfalz, insbesondere das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration und das Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ finanziert wird. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz unterstützt alle, die mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich dagegen wenden möchten. Gemeinsam werden fallspezifisch individuelle Handlungsoptionen unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten, Möglichkeiten und persönlicher Wünschen entwickelt. Die Beratung erfolgt vertraulich, das Angebot ist aufsuchend und kostenfrei.

Die Teams der Mobilen Beratung sind in diesem Kontext an der Schnittstelle zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteurinnen und Akteure aktiv. Sie können dabei Mittlerin zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und Politik und Verwaltung sein und im Interesse der Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmer sowie einer demokratischen Zivilgesellschaft kritische Impulse setzen.

Ziel der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz ist es, eine menschenrechtsorientierte demokratische Kultur zu stärken, in der eine Kultur des Hinsehens und der gelebten Zivilcourage eine bedeutende Rolle spielt.



Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus ist in vier Regionalstellen organisiert:



Regionalstelle Nord:

Telefon: 0261 / 9735815

E-Mail: regionalstelle-nord@mbr-rlp.de

Regionalstelle Mitte

Telefon: 0163 / 4145236

E-Mail: regionalstelle-mitte@mbr-rlp.de

Regionalstelle West

Telefon: 0151 / 17164379

E-Mail: regionalstelle-west@mbr-rlp.de

Regionalstelle Süd

Telefon: 0151 / 10591049

E-Mail: regionalstelle-sued@mbr-rlp.de

Homepage: <https://demokratiezentrum.rlp.de/beratung/mobile-beratung-gegen-rechts-extremismus-in-rheinland-pfalz>

Ausstiegs und Distanzierungsberatung politischer Extremismus

Aussteigerprogramm (R)AUSwege

Das rheinland-pfälzische Aussteigerprogramm (R)AUSwege richtet sich vor allem an junge Menschen, die in den Einflussbereich rechtsextremistischer Gruppierungen gelangt sind. Über eine kostenlose Hotline können Jugendliche und junge Erwachsene einen ersten anonymen Kontakt zu (R)AUSwege aufnehmen.

Gemeinsam mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen überlegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von (R)AUSwege, welche Ausstiegshilfen nötig sind und wie diese erschlossen werden können. Sie kooperieren dabei eng mit den Trägern von Hilfsangeboten



vor Ort. Beim Übergang zu diesen Hilfen bietet (R)AUSwege den Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine persönliche Begleitung und Betreuung an.

Das rheinland-pfälzische Aussteigerprogramm (R)AUSwege bietet auch sozialpädagogischen Fachkräften, Lehrern und Lehrerinnen sowie Initiativen fachliche Beratung und Unterstützung an. Sie können sich ebenfalls an die Hotline wenden oder ihr Anliegen per E-Mail komplex@lsjv.rlp.de formulieren. Gemeinsam wird dann mit den Fachkräften besprochen, wie im Einzelfall der Kontakt zum Ausstiegswilligen hergestellt und in welchem Rahmen eine Betreuung stattfinden kann.

Im erforderlichen Einzelfall können so auch länderübergreifend Hilfen organisiert und auf den Weg gebracht werden.

Distanzierungsberatung Rückwege

Rückwege sucht den Dialog mit jungen Menschen zwischen 14 und 27 Jahren, die auf der Schwelle zum Rechtsextremismus stehen, die latent oder offen rechtsextremistisch orientiert sind. Über die Arbeit an der eigenen Person soll die Entwicklung einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit gefördert werden. Rückwege bietet auch für Fachkräfte Beratung, Informationen und Fortbildungen an.

Einzelfallhilfe

Individuell angepasste Beratung und Unterstützung der persönlichen Entwicklung setzt auf neue Erfahrungen jenseits der Bindung an eine menschenverachtende oder gewaltverherrlichende Gruppe.

Dazu werden die beratungssuchenden Jugendlichen und junge Menschen in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Arbeit lebenspraktisch mit dem Ziel der nachhaltigen positiven Veränderungen unterstützt.

Angebote für Gruppen

Jugendliche und junge Erwachsene in Einrichtungen und Organisationen der Jugendarbeit, Jugendhilfe sowie des Jugendstrafrechts reflektieren ihre eigenen Erfahrungen im Kontext menschenfeindlicher Vorurteile. Die in ihrer Methodik unterschiedlichen und in der Ansprache an die Zielgruppe angepassten Gruppenangebote begünstigen Selbstwirksamkeitserfahrungen und prosoziale Einstellungsänderungen der Teilnehmenden.

Das passende Format für die jeweilige Zielgruppe kann gemeinsam mit Rückwege ermittelt werden.

Unterstützung für Fachkräfte

Für Fachkräfte besteht eine Auswahl an Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen.



Beratungshotline (R)AUSwege und Rückwege: 0800 / 45 46 000

E-Mail: komplex@lsjv.rlp.de

Homepage: <https://demokratiezentrum.rlp.de/beratung/ausstiegs-und-distanzierungsberatung-politischer-extremismus>

Angehörigenberatung bei demokratiefeindlichen Einstellungen

Die „Angehörigenberatung bei demokratiefeindlichen Einstellungen“ ist ein Beratungsangebot des Landes Rheinland-Pfalz, umgesetzt durch das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz, welches beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Abteilung Landesjugendamt verortet ist. Sie berät Menschen, die mit demokratiefeindlichen, extremistischen oder verschwörungsgläubigen Einstellungen im Familienkreis konfrontiert sind. Wie wichtig und entlastend das Beratungsangebot für Angehörige ist, zeigen langjährige Erfahrungen der rheinland-pfälzischen „Elterninitiative gegen rechts – Hilfen für Eltern von rechts-extremistisch orientierten Jugendlichen“. Gerade in Familien und engen Beziehungen ist der Leidensdruck hoch, wenn geliebte, vertraute Menschen von entsprechenden Szenen vereinnahmt werden und sich zu radikalisieren drohen.

Die Angehörigenberatung bietet fachliche Expertise zu Phänomenen wie Extremismus, Verschwörungsglaube, Demokratie- und (Gruppenbezogener) Menschenfeindlichkeit. Die qualifizierte Beratung ist vertraulich und kostenlos. Sie kann auf Wunsch anonym über E-Mail und Telefon, aber auch persönlich und vor Ort erfolgen. Hilfe wird schnell und unkompliziert angeboten.

Gegebenenfalls können zusätzliche Unterstützungsangebote aufgezeigt werden.

Beratungstelefon: 06131 - 967 373

E-Mail: angehoerigenberatung@lsjv.rlp.de

Homepage: <https://demokratiezentrum.rlp.de/beratung/angehoerigenberatung>

Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Handlungsleitend für die Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ist das Ziel, Betroffene bei der Bewältigung ihrer Erlebnisse und in der (Rück-) Gewinnung ihrer Handlungsfähigkeit zu begleiten und zu bestärken.

In Rheinland-Pfalz wird die Betroffenenberatung durch die Beratungsstelle m*power geleistet. m*power ist eine unabhängige Beratungsstelle und handelt parteiisch im Sinne der Betroffenen. Die Beratungsstelle verfolgt den Ansatz der aufsuchenden Arbeit. Das heißt, die Beratenden suchen Betroffene rechter Gewalt auf Wunsch vor Ort in Rheinland-Pfalz auf. Im Zuge der Pandemie wurde die digitale Beratungstätigkeit durch die Möglich-



keit von Videochats erweitert.

Ebenso bietet die Beratungsstelle m*power kostenlose Fortbildungsangebote und Seminare an, bei denen eine rassismuskritische Herangehensweise im Fokus steht:

Die Bildungsarbeit der Fachstelle m*power richtet sich an Multiplikator*innen (z.B. Lehrkräfte), Organisationen und Institutionen. Thematisch können Workshops und Weiterbildungen zu den Themen Rassismuskritik und Critical Whiteness angeboten werden. Der Umfang der Fortbildungen beträgt dabei minimal 90 Minuten und maximal sechs Stunden. Anhand interaktiver Methoden sowie fachlichen Inputs zum Thema Rassismus(-kritik) wird erarbeitet, wie man Rassismus erkennen und begegnen kann.

Bei der Planung einer Weiterbildung werden die Bedarfe und Anliegen der anfragenden Organisation miteinbezogen und berücksichtigt (z.B. Rassismus in der Schule).

Melde- und Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle in Rheinland-Pfalz

Die Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz bietet eine niedrighschwellige, unbürokratische Anlaufstelle an. Auf der Plattform www.meldestelle-rlp.de können entsprechende Vorfälle gemeldet werden. Melden können sich sowohl Betroffene als auch Zeuginnen und Zeugen von Vorfällen. Der merkmalsübergreifende Ansatz der Meldestelle erfasst neben antisemitischen und rassistischen Vorfällen auch Handlungen, die sich beispielsweise gegen Wohnungslose oder sozial benachteiligte Menschen richten oder Übergriffe, Beleidigungen oder Bedrohungen gegen vermeintliche politische Gegner und Gegnerinnen sowie Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staats oder der Zivilgesellschaft. Ebenso werden sexistisch motivierte Vorfälle und Handlungen gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität erfasst. Die Meldestelle bietet zusätzlich an schnell, unbürokratisch und zielgerichtet Beratung zu vermitteln.

m*power –Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz und Melde- und Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle in Rheinland-Pfalz

Telefon: 0261 – 55 00 11 40

E-Mail: kontakt@mpower-rlp.de, kontakt@meldestelle-rlp.de

Homepage mpower: www.mpower-rlp.de

Homepage Meldestelle RLP: www.meldestelle-rlp.de



Beratung für Betroffene von digitaler Gewalt in Rheinland-Pfalz

SoliNet ist eine zentrale Beratungsstelle für Betroffene von Hass und Gewalt im Netz in Rheinland-Pfalz. Betroffene können sich auf der Homepage informieren und mithilfe eines Kontaktformulars, per E-Mail oder telefonisch einen Beratungstermin vereinbaren. Beraten werden kann in den Sprachen deutsch und englisch.

Beratung erfolgt vertraulich, kostenfrei, unabhängig von Behörden und auf Wunsch anonym. Wir beraten parteilich im Sinne der Betroffenen.

Telefon: 0261 - 57 01 33 37

Email: solinet@mpower-rlp.de

Homepage: www.solinet-rlp.de



Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Autorinnen dieser Publikation arbeiten unabhängig voneinander und in unterschiedlichen Arbeitsfeldern. Daher unterscheiden sich nicht nur ihre Schreibstile und thematischen Schwerpunkte, sondern auch die Art und Weise des Genderns. Dies bildet auf eine besondere Art und Weise die momentane gesellschaftliche Lage des Aushandelns und der Uneindeutigkeit, im Grunde die gerade stattfindende gesellschaftliche Debatte rund um dieses Thema auf eine so authentische Art und Weise ab, dass wir uns entschlossen haben, hier nicht redigierend einzugreifen. Wir möchten nicht die Entscheidung treffen, welche Form des Genderns die Richtige ist, sondern den Raum für Vielfaltigkeit offenlassen.



Impressum

Herausgegeben vom:

Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Abteilung Landesjugendamt, Referat für Projekte zur Prävention von politischem und religiösem Extremismus

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Rheinallee 97-101
55118 Mainz

Telefon: 06131 / 967 185

E-Mail: demokratiezentrum@lsjv.rlp.de

URL: www.demokratiezentrum.rlp.de

Gesamtleitung: Petra Fliedner

Titelfoto: LSJV

Stand: Juli 2024



Rheinland-Pfalz

LANDESAMT FÜR SOZIALES,
JUGEND UND VERSORGUNG

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

Abteilung Landesjugendamt

Rheinallee 97-101 | 55118 Mainz
demokratiezentrum@lsjv.rlp.de